Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Frauenbüro/Gleichstellungsstelle	Datum 19.09.2002
	Schriftführerin Gitta Schablack
	Telefon-Nr. 02202/142647
Niederschrift	
Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	Sitzung am Donnerstag, 5. September 2002
Sitzungsort: Rathaus Bensberg, Sitzungszimmer 111, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr – 19:16 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer/Sitzungsteilnehmerinnen Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**

- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 20.06.2002 522/2002**

- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**

- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

- 6. Frauen und Sucht**

523/2002

7. **Fachdienst Familie und Frauen - Familienpflege**
524/2002
8. **Anerkennung des Vereins "Frauen helfen Frauen e.V." als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 78 KJHG**
525/2002
9. **Gewaltschutzgesetz - Anregung für die Landesregierung**
526/2002
10. **Sachstand Produktkritik - Maßnahmen im Frauenbüro**
527/2002
11. **Sachstand Gender Mainstreaming**
528/2002
12. **Veröffentlichung Rheinisch-Bergischer Mädchenmerker 2002/2003**
529/2002
13. **Informationen über die Veranstaltungen des Frauenbüros im 2. Halbjahr 2002**
530/2002
14. **Frauenpolitische Informationen**
531/2002
15. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 17. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste sowie die Vertreterin der Presse. Frau Opladen hat wegen einer unvorhersehbaren Terminierung ihre Teilnahme kurzfristig abgesagt.
Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 20.06.2002

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende weist aufgrund einer Anfrage aus der letzten Sitzung darauf hin, dass die in dieser Sitzung verteilten Farbkopien von Kartenausschnitten verwaltungsintern mit einem Kostenaufwand von 25 Cent erstellt wurden.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Vorsitzende begrüßt Frau Fahner als Vertreterin von Frau Opladen.

Frau Fahner berichtet von der jüngsten Plakataktion des „Express“:
In den vergangenen Wochen hing ein Plakat an vielen Bushaltestellen in Bergisch Gladbach, das von vielen Bürgerinnen und Bürgern zu Recht beanstandet wurde.
Das Plakat, eine Werbung für den „Express“, zeigte eine nackte Frau von vorne, die mit gegrätschten Beinen auf einem Stuhl sitzt. Die Überschrift dazu lautete: „Ab auf die Besetzungscouch“, darunter stand „Sex City Köln. Jetzt!“

Das Frauenbüro hat den Werberat, die Kölner Außenwerbung (als Vertragspartner der Stadt) und den „Express“ angeschrieben. Der Werberat hat den „Express“ zur Stellungnahme aufgefordert und erhielt darauf die Zusicherung, zukünftig werde die Werbemaßnahme nicht mehr geschaltet. Auf den ersten Blick ein positives Ergebnis, allerdings ein sehr fragwürdiges, da die Werbemaßnahme, nachdem sie ca. zwei Wochen in verschiedenen Städten zu sehen war, nun sowieso beendet war. Der Stellungnahme des „Express“ zum Plakat ist jedenfalls nicht zu entnehmen, dass die Kritik ernst genommen wurde.

6 Frauen und Sucht

Herr Lübbe, Fachdienst Prävention, stellt seinen Arbeitsbereich der Suchtvorbeugung vor. Einsatzgebiet ist der sog. Südkreis des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Stelle wird getragen von der Katholischen Erziehungsberatung e.V. und vom Caritas-Verband in Bergisch Gladbach. Im Rahmen des erzieherischen Jugendschutzes werden Kindern und Jugendlichen vor allem Hilfen angeboten, nicht den Weg in die Sucht zu beschreiten. Es ist eins der vorrangigen 10 Gesundheitsziele in NRW, dass die Menschen bis zum Jahr 2005 deutlich weniger ein Leben in Sucht führen sollen.

Frau Becker-Pütz von der Caritas Suchthilfe berichtet von ihrer langjährigen Tätigkeit bei der Caritas Suchthilfe, hier ihrem Arbeitsbereich „legale Drogen“, wobei in der praktischen Arbeit häufig eine Überlappung mit dem Arbeitsbereich „illegale Drogen“ festzustellen ist. Sie erläutert ihren im Rahmen einer Zusatzausbildung gewonnenen frauenspezifischen Ansatz.

Herr Lübbe stellt fest, dass Jungen und Männer immer noch deutlich mehr konsumieren als Frauen. Die Vermischung von legalen und illegalen Drogen betrifft beide Geschlechter. Nach der sog. Drogenaffinitätsstudie findet insgesamt gesehen zwar ein Konsumrückgang statt, speziell bei Frauen ist jedoch eine Konsumsteigerung oder –veränderung zu verzeichnen.

Männer und Frauen konsumieren verschieden, sie leben ihre Sucht unterschiedlich. Weibliche Sucht ist diskret und unauffällig. Frauen wenden sehr viel Energie auf, den Alltagserwartungen so lange wie möglich zu entsprechen. Obwohl sie oft überfordert sind, versuchen sie, Partnerschaft, Familie und Beruf und all die Erwartungen, die an sie gerichtet werden, zu erfüllen. Darin unterscheiden sie sich deutlich von Männern. Hintergrund ist das Verhaltensmuster von Frauen, die traditionelle Frauenrolle, die doch sehr tief sitzt. Frauen kümmern sich um das Wohlergehen ihrer nächsten und auch weiteren Umgebung. Hierbei ist zu beobachten, dass sie die Interessen anderer oft höher bewerten als ihre eigenen.

Auf Anfrage von Frau Reiss berichtet Frau Becker-Pütz, dass selbst Frauen mit einer guten Berufsausbildung, wenn sie sich bereits im Kreislauf der Sucht befinden, in der Regel gar nicht versuchen, unzumutbare Lebensumstände durch Verlassen der Lebensgemeinschaft zu beenden, weil sie diesen Zusammenhang nicht sehen, sondern nur ihr individuelles Versagen erleben. Deshalb bleiben sie in einer doppelten Abhängigkeit, in einer materiellen und in einer Suchtabhängigkeit. Wenn die heimliche Sucht der Frauen offenbar wird, ist es oft der Partner, der den Weg der Beratung ansteuert.

Frau Böhrs und Frau Schneider weisen darauf hin, dass leider Hilfe suchenden Frauen der Einstieg in den Drogenkonsum auch dadurch erleichtert werden kann, dass im Rahmen einer symptomatischen ärztlichen Behandlung Beruhigungsmittel und Psychopharmaka verschrieben werden. Frau Becker-Pütz kann dieses Vorgehen

bestätigen und hält Aufklärungsarbeit hier für dringend erforderlich, weist aber auch auf die Findigkeit der Suchtkranken bei der Beschaffung hin, wenn die behandelnden Ärzte weitere Rezepte verweigern.

Frau Böhrs merkt an, dass durch die Einnahme der verschriebenen Medikamente lediglich die bessere Erfüllung der ursprünglichen Rolle der Frau und ihre Ruhigstellung erreicht wird, ohne ihre tatsächlichen Belange Ernst zu nehmen.

Herr Lübbe erläutert eine Aufgabe der Präventionsarbeit, jungen Frauen den möglichen Spielraum ihrer privaten und beruflichen Lebensgestaltung aufzuzeigen.

Frau Kreft stellt den Bezug zwischen der Verschreibung von Psychopharmaka und Beruhigungsmitteln und dem finanziellen Nutzen der Ärzte und Krankenkassen her. Im übrigen sei es notwendig, den Bereich „Sucht“ als Bestandteil in das Medizinstudium aufzunehmen.

Auf Anfrage von Frau Schneider berichtet Frau Becker-Pütz, dass offenbar aufgrund des frauenspezifischen Ansatzes der örtlichen Beratung hier ein deutlich höherer Anteil an Frauen das Beratungsangebot wahrnimmt als durchschnittlich im übrigen Bundesgebiet, bezogen auf die legalen Drogen.

Frau Becker-Pütz berichtet von der Installation einer neuen Frauenselbsthilfegruppe, die aus den regelmäßigen Treffen der Caritas Suchthilfe mit abstinenten Alkoholikerfrauen resultiert, die initiativ über einen Flyer „Frau sucht“ auf dieses Angebot aufmerksam gemacht wurden.

Auf Anfrage von Frau Holtzmannn erläutert Frau Becker-Pütz die Motivation der Ratsuchenden: Etwa 50 % der Ratsuchenden kommen auf Druck von außen, wobei auch Betriebe im Bezug auf ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sensibler geworden sind.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für die Ausführungen und fragt nach unterstützenden Maßnahmen, die der Ausschuss leisten kann. Herr Lübbe dankt für die Einladung zu dieser Sitzung, wodurch bereits eine erste Unterstützung gegeben sei.

Frau Becker-Pütz wäre sehr dankbar, wenn Projekte und Einzelaktionen, die die stille legale Sucht der Frauen mehr in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit rücken, durch kleine Geldspenden unterstützt würden. Sie ergänzt, dass es zurzeit eine Grundförderung des Landes zum Thema „Frauen und Sucht“ gibt, deren Weiterbestand jedoch unklar ist.

Die Fraktionen diskutieren die Vorgehensweise und kommen zu folgendem Ergebnis:

Die Ausschussmitglieder bitten Frau Fahner, nach Rücksprache mit der Suchthilfe der Caritas ein Schreiben des Inhaltes an die Bundesregierung zu senden, dass die Erhaltung der Grundförderung für die Suchtberatung notwendig ist. Die endgültige Formulierung soll vorab mit den Fraktionen abgestimmt werden. Herr Dr. Franke soll eine Kopie des Schreibens erhalten.

Die Vorsitzende bedankt sich für den interessanten Vortrag.

7 Fachdienst Familie und Frauen - Familienpflege

Frau Oehmen, Leiterin des Fachdienstes Familie und Frauen der Caritas, und Frau

Franke als Einsatzleiterin für den Bereich Familienpflege informieren den Ausschuss umfassend über ihre Tätigkeit.

Frau Oehmen berichtet zum Bereich der Familienpflege, dass die Finanzierung über die Krankenkassen dadurch gefährdet ist, dass § 38 SGB V zur Disposition steht. Diskussionshintergrund ist, dass die Zahlung der Krankenkassen als leistungsfremd deklariert werden soll. Die Konsequenz daraus wäre, dass anfragenden Familien in Krisensituationen nicht mehr geholfen werden könnte. Diesbezüglich hat die Caritas bereits eine Unterschriftenaktion gestartet.

Die Familienpflege des Caritasverbandes arbeitet nach dem Bericht von Frau Franke mit sechs staatlich anerkannten Familienpflegerinnen und einer Erzieherin. Frau Franke vermittelt einen Überblick über zurzeit laufende Einsätze:

- 3 Einsätze jeweils bei Müttern mit einer Risikoschwangerschaft
- 1 Einsatz bei einer Mutter mit Krankenhausaufenthalt
- 5 Einsätze bei Müttern mit akuten Erkrankungen.

Frau Franke schildert die teilweise dramatischen familiären Umstände, die mit solch einer schweren Krankheit, einhergehen. Neben der schweren Erkrankung hat die Familie den zusätzlichen Druck, dass die Krankenkassen den Zeitrahmen begrenzen, in dem die Unterstützung gewährt wird. Positive Aspekte, wie beispielsweise ein grundsätzlich guter Austausch mit den Krankenkassen oder die großzügige Freistellung des Ehepartners durch den Arbeitgeber können die Situation mildern.

In manchen Fällen kann nach Ablauf der Zahlungspflicht der Krankenkassen der Einsatz nur noch über die Jugendhilfe finanziert werden.

Frau Oehmen beleuchtet die derzeitige Einstellung der Krankenkassen dahin, dass die ambulante Behandlung der stationären vorzuziehen ist. Problematisch wird dies beispielsweise im Fall einer Krebspatientin, die nicht permanent stationär untergebracht ist, sondern auch in ambulanter Behandlung. Sie ist teilweise so geschwächt, dass sie nicht in der Lage ist, ihre alltäglichen Aufgaben im Rahmen der Betreuung ihrer Kinder zu erfüllen. Hier ist Hilfe von außen erforderlich. Nachbarschaftliche und familiäre Hilfen kommen schnell an ihre Grenzen.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden berichtet Frau Oehmen, dass die Krankenkassen bei eigener Leistungsablehnung die Jugendhilfe der Kommunen als zuständig angeben. Es steht auch nicht fest, ob die Landeszuschüsse im nächsten Jahr noch gezahlt werden. Auf Anfrage von Frau Reiss teilt Frau Oehmen die Relation der Zuschüsse mit: In diesem Jahr wurden 35.000,00 Euro vom Land finanziert, etwa ein gleicher Anteil sind kirchliche Zuschüsse. Der Differenzbetrag bis zur Höhe des Gesamtjahresetats in Höhe von 200.000,00 Euro wird von der Krankenkasse getragen.

Auf Nachfrage von Frau Schöttler-Fuchs berichtet Frau Franke, dass Familien aller Gesellschaftsschichten Familienhilfe anfordern. Eine einkommensabhängige eigene Zuzahlung der Familien gibt es nicht. Frau Oehmen erläutert auf Anfrage der Vorsitzenden, dass selten Familien als Selbstzahlerinnen die Caritas beauftragen. Frau Franke ergänzt, dass private Versicherungen in der Regel die Leistungen auf Familienpflege ausgeschlossen haben. Der Einsatzbedarf steigt auch deshalb kontinuierlich, weil es Großfamilien, in denen eine Krankheit der Mutter problemlos abgedeckt wurde, nur noch selten gibt.

Frau Holtzmann befürchtet einen unabsehbaren Kostenaufwand für die Jugendämter und spricht die Möglichkeit einer weiteren Resolution gegen die Gesetzesänderung an

die Bundesregierung an.

Frau Lehnert möchte den arbeitsmarktpolitischen Aspekt beleuchten im Hinblick auf Einsparungen in diesem Bereich einerseits und bevorzugter Empfehlung dieser Berufsausbildung an Wiedereinsteigerinnen durch das Arbeitsamt und richtet folgende Anfrage an die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach:

**Wie viele Familienpflegerinnen wurden in diesem Jahr vom
Arbeitsamt Bergisch Gladbach ausgebildet?
Welche Angebote sind für diesen Bereich in Zukunft geplant?
Wie viele Stellen als Familienpflegerin gibt es im
Arbeitsamtsbereich?**

Auf die Frage von Frau Böhrs nach dem Vorgehen des Jugendamtes berichtet Frau Franke, dass aus der Erfahrung heraus das Jugendamt in angefragten Fällen Heimunterbringungen verfügen bzw. vorschlagen kann. In der Praxis kann dies z.B. bedeuten, und es ist auch bereits geschehen, dass eine dringend unterstützungsbedürftige allein Erziehende gegen den Rat der Ärzte aus der stationären Behandlung in ihre Wohnung zurückgekehrt ist, um die Heimunterbringung ihrer Kinder zu verhindern. Die Familienpflege konnte hier einen Halbtageinsatz bewerkstelligen, den die Krankenkasse im nachhinein trotz eines ärztlichen Attestes abgelehnt hat. Frau Franke berichtet auf Anfrage von Frau Kreft, dass die theoretische Möglichkeit der Sozialhilfe in besonderen Notlagen in der Praxis schwer realisierbar sei.

Die Vorsitzende bedankt sich für den aufschlussreichen Vortrag zu dieser wichtigen Arbeit. Es müsse ein Weg gefunden werden, Familienpflege in familiären Krisensituationen finanziell abzudecken. Frau Oehmen dankt dem Ausschuss für die Einladung und regt an, vorhandene Möglichkeiten zu nutzen, die Problematik auf landes- und bundespolitische Ebene zu bringen.

Die Ausschussmitglieder bitten Frau Fahner, eine Resolution im besprochenen Sinn zu formulieren und nach Abstimmung mit den Fraktionen an die Bundesregierung zu senden.

8 Anerkennung des Vereins "Frauen helfen Frauen e.V." als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 KJHG

Frau Fahner erläutert noch einmal den Inhalt der vom Fachbereich 5 Jugend und Soziales erstellten Beschlussvorlage, die am 25.09.2002 dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt wird. Es geht um die Anerkennung des Vereins „Frauen helfen Frauen“ e.V. als Träger der freien Jugendhilfe. Die praktische Arbeit hat gezeigt, dass es in der Schwerpunktsetzung der Arbeit in den letzten zwei Jahren eine Verschiebung gibt zur Beratung von Mädchen. Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag des Vereins zu folgen.

Frau Holtzmann kündigt Beratungsbedarf innerhalb der CDU-Fraktion bezüglich der finanziellen Auswirkungen an. Sie beanstandet insoweit allgemein das Fehlen einer Kostenberechnung zu den jeweiligen Beschlussvorlagen und bittet arbeitserleichternd zukünftig um Beifügung solcher Berechnungen.

Die Kostensituation bezüglich der vorliegenden Beschlussvorlage erläutert Frau Fahner: Der Verein „Frauen helfen Frauen“ e.V. plant, im Rahmen der momentanen personellen und finanziellen Rahmenbedingungen eine Schwerpunktverlagerung zur Mädchenarbeit vorzunehmen. Frau Böhrs ergänzt als Mitglied von „Frauen helfen Frauen“ e.V., dass die Mädchenberatung auch den Bereich der „Essstörungen“ abdeckt, der immer wieder jüngere Ratsuchende hervorbringt.

Nach kurzer Diskussion stimmen die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion der nachfolgenden ergänzten Beschlussfassung zu.

Die Fraktionen fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Unter dem Vorbehalt, dass der Stadt Bergisch Gladbach keine zusätzlichen Kosten entstehen, empfiehlt der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann dem Jugendhilfeausschuss, dem nachstehenden Beschlussvorschlag des Fachbereiches 5 - Jugend und Soziales zuzustimmen:

Der Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“, Hauptstr. 182, 51465 Bergisch Gladbach, wird als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 KJHG anerkannt.

9 Gewaltschutzgesetz - Anregung für die Landesregierung

Der Vertreter und die Vertreterinnen der einzelnen Fraktionen begrüßen den von Frau Lehnert vorgeschlagenen und von Frau Fahner verfassten Beschluss, der an die Landesregierung weitergegeben werden soll.

Die Fraktionen fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bergisch Gladbach regt an, die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die zeitnahe Beratung im Rahmen des Opferschutzgesetzes zu ermöglichen.

10 Sachstand Produktkritik - Maßnahmen im Frauenbüro

Frau Fahner berichtet von einer letzten vorgeschlagenen Maßnahme der Produktkritik „Reduzierung des Frauenbüros auf das gesetzliche Mindestmaß“, die der Verwaltungsvorstand bereits abgelehnt hat. Es ist allerdings eine abschließende politische Entscheidung erforderlich.

Auf Nachfrage von Frau Holtzmann führt Frau Fahner aus, dass das Land die Beschäftigung einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten für Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner vorschreibt. Darüber hinaus gibt es keine Definition. In den abgefragten vergleichbaren Städten sind in der Regel zwei volle Stellen besetzt. Mit einem geringeren personellen Aufwand erfüllt das Frauenbüro der

Stadt Bergisch Gladbach die gegebene Aufgabenvielfalt inklusive der Ausschussarbeit.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Maßnahme der Produktkritik „Reduzierung des Frauenbüros auf den gesetzlichen Mindestanteil“ wird nicht weiter verfolgt.

11 Sachstand Gender Mainstreaming

Frau Fahner erläutert die angestrebte Vorgehensweise: In der nächsten Verwaltungskonferenz wird es eine Information geben zum Thema Gender Mainstreaming. Vorteile und Beispiele werden vorgestellt. Beabsichtigt ist dann der Vorschlag an die Fachbereiche, jeweils ein Projekt zu benennen, an dem Gender Mainstreaming durchgeführt werden soll. In einem zweiten Schritt wird dann der Hauptausschuss als Personalausschuss über Inhalt und Zweck von Gender Mainstreaming informiert, voraussichtlich am 03.12.2002.

12 Veröffentlichung Rheinisch-Bergischer Mädchenmerker 2002/2003

Frau Christofzik weist darauf hin, dass der Mädchenmerker ungeachtet der steigenden Nachfrage aus Kostengründen auch in diesem Jahr wieder in der gleichen Auflage erschienen ist. Neu wurde von der Regionalstelle Frau & Beruf im Frauenbüro ein ebenfalls an die Zielgruppe der 13 – 18jährigen Mädchen gerichteter Internet-Fragebogen in Abstimmung mit der Projektgruppe „Mädchenleitlinien“ des Fachbereiches 5 - Jugend und Soziales entwickelt. Zum einen wird die Einschätzung zum Mädchenmerker abgefragt. Zusätzlich wurden Fragen aus der Jugendbefragung des Fachbereiches 5 wieder aufgenommen, um zu sehen, ob sich andere Entwicklungen zeigen, und spezielle Fragen in vertieftem Sinne zur Berufswahlorientierung ergänzt.

Frau Christofzik bittet die Ausschussmitglieder, im persönlichen Umfeld Mädchen der Zielgruppe zu motivieren, den Fragebogen über die Website der Stadt Bergisch Gladbach www.bergischgladbach.de auszufüllen. Der Fragebogen ist im Frauenbüro auch als Dokument erhältlich. Auch die Ansprechpartnerinnen für Gleichstellung an den Schulen werden angeschrieben und gebeten, den Mädchen Gelegenheit zur Ausfüllung im Unterricht zu geben, da einige Lehrerinnen den Mädchenmerker im Unterricht einsetzen. Bezüglich der im letzten Jahr durch den Ausschuss angesprochenen Bitte, auch Studienmöglichkeiten in den Mädchenmerker einzubeziehen, ist dies aus Mangel an Platz bislang unterblieben. Es ist nach wie vor eine Erweiterung geplant, die jedoch nur in Schritten von jeweils 32 Seiten erfolgen kann.

Dem Inhalt des Mädchenmerkers wird von den Ausschussmitgliedern allgemein positiv zugestimmt. Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau Christofzik.

13 Informationen über die Veranstaltungen des Frauenbüros im 2. Halbjahr 2002

Es werden keine weiteren inhaltlichen Beiträge eingebracht.

14 Frauenpolitische Informationen

Die Vorsitzende bedankt sich für die Zusammenstellung der aktuellen frauenpolitischen Informationen.

15 Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.10 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gesehen:

(Waltraud Schneider)
Vorsitzende

(Maria Theresia Opladen)
Bürgermeisterin

(Gitta Schablack)
Schriftführerin

(Michaela Fahner)
Gleichstellungsbeauftragte